

wird immer stärker und allgemeiner. Ein solcher Bündnisvertrag ist ein Ziel, das auch die Neutralen anstreben müssen. Die Menschheit sollte jetzt soweit gekommen sein, daß Streitigkeiten nicht nur zwischen Privatpersonen, sondern auch zwischen Nationen durch Schiedsgerichte geschlichtet werden könnten. Sollte dies das Ergebnis dieses Krieges sein, so wäre es nicht zu teuer erkauft. Wenn man teilweise von den Neutralen verlangt hat, sie sollten den Frieden zwischen den Kriegführenden vermitteln, so ist hierauf wie schon immer zu antworten: Wir wollen gern den Frieden vermitteln, aber nur, wenn beide Parteien das verlangen. Soweit sind wir aber noch nicht. Solange das nicht der Fall ist, können wir keinen Versuch machen, uns einzumischen. Vorläufig müssen deshalb alle darin einig sein, daß auch wir unser Verteidigungswesen so gut in Ordnung halten, daß wir vermeiden können, in den Krieg verwickelt zu werden. Tatsächlich sind es auch nur die Sozialisten, die verlangen, daß wir auf unsere Machtmittel verzichten. Es ist wunderbar, wie Menschen mit gesunder Vernunft und Verantwortungsgefühl eine solche Forderung, noch dazu jetzt während des Krieges, erheben können. Denn man verlangt ja von einem Land, das neutral bleiben will, daß es auch bereit ist, seine Neutralität zu schützen. Hätten wir unsere Neutralität nicht gehabt, so wären wir sicher längst in den Krieg hineingezogen worden. Davon bin ich fest überzeugt.

Deutschland und Spanien.

Eine englische Falschmeldung.
Nach einer „Times“-Meldung aus Santander soll die deutsche Regierung die Bedingungen der spanischen Neutralität angenommen und sich verpflichtet haben, daß die in Spanien stationierten deutschen Schiffe als Kombattanten für die Besatzung der spanischen Handelsflotte angestrichen würden. Diese Meldung ist unrichtig. Wie bereits mitgeteilt, hat die deutsche Regierung gegen das angeführte Vorgehen der spanischen Regierung Verwahrung eingelegt. Es sind zwischen den beiden Regierungen Verhandlungen eingeleitet, um eine den beiderseitigen Interessen Rechnung tragende Lösung herbeizuführen.

Stimmen der Pariser Presse.
„Matin“ zufolge erklärte Dato, der nächste Ministerrat werde nach dem 1. September stattfinden. „Journal“ zitiert das Madrider Blatt „Imparcial“, in welchem Romanones erklärt, es handle sich nicht um ein Eingreifen Spaniens in den Krieg, noch um den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Deutschland, sondern lediglich darum, von Deutschland Garantien zu erhalten, daß die spanische Flagge und die von der Regierung requirierten Schiffe geschützt werden, also lediglich um Anerkennung der spanischen Rechte auf die Freiheit des Seeverkehrs durch Deutschland. „Journal des Debats“ betont ausdrücklich, Frankreich verlange kein Eingreifen Spaniens in den Krieg. „Homme Libre“ fragt sich, was Spanien bei Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Deutschland zu verlieren hätte. Man könnte nicht einsehen, inwiefern Spanien darunter zu leiden hätte.

Eine Entschädigung.
Nach Meldungen der „Neuen Schwelzerischen Korrespondenz“ aus Madrid teilt eine Note des spanischen Staatsministeriums mit, Deutschland gewähre der Familie des bei einer Schiffversenkung umgekommenen spanischen Kompanisten Grenados eine Entschädigung von 600 000 Pesetas. Die Entschädigungssumme sei durch notariellen Akt überwiesen worden.

Die Polenfrage vor ihrer Lösung.

Erklärungen des Prinzen Radziwill.
In einer Unterredung erklärte Prinz Janus Radziwill vor seiner Abreise von Wien nach Krakau dem Wiener Vertreter des „N. Z.“ gegenüber u. a. über das Ergebnis der Wiener Besprechungen: Die Besprechungen zwischen Wien und dem deutschen Hauptquartier haben eine entscheidungsreiche Situation geschaffen. Es muß ferner festgestellt werden, daß die Verhandlungen, die noch erforderlich sind, Wochen, vielleicht Monate in Anspruch nehmen werden. Zunächst werde weder Deutschland noch Österreich-Ungarn seinen Standpunkt in der polnischen Frage aufgeben und es werde deshalb immer noch notwendig sein, in Verhandlungen einzutreten, um Klarheit zwischen den beiden Mittelmächten zu schaffen. Eine erwünschte Gelegenheit dazu wird der in absehbarer Zeit stattfindende Besuch des Reichskanzlers Grafen Hertling in Wien bieten. Es steht fest, daß Graf Hertling nach wie vor an der austropolnischen Lösung festhält und daß diese Lösung mit allem Nachdruck auch von den Polen Österreichs gefordert wird. Aber auch die Warschauer Polen stehen dieser Lösung entgegen anderslautenden Meldungen nicht unfreundlich gegenüber, das hat klar der Besuch des Prinzen Radziwill in Wien gezeigt. Die Warschauer Polen haben, wie ich erfahre, dem Grafen Hertling erklärt, daß ihre Regierung noch immer den Standpunkt vertritt, daß die austropolnische Lösung eine ihr genehme Lösung ist. Sie verlangen jedoch von dem Grafen Hertling, daß er Garantien schafft, daß Deutschland auch im Falle dieser Lösung und nicht nur im Falle der sogenannten kleinpolnischen Lösung die territoriale Integrität Kongress-Polens respektiert.

Die Warschauer Beratungen.
Dem „Poljs. Tagebl.“ wird berichtet: In Warschau beginnt heute die entscheidenden Beratungen, die den Abschluß und die Festlegung der vielfachen Verhandlungen über Polens Zukunft dringen sollen. Einer Zuschrift, die von offenbar unterrichteter Seite der „N. Z.“ zugeht, ist zu entnehmen, daß Prinz Radziwill in Krakau, das er auf der Heimreise von Wien

nach Warschau berührt hat, seine galizischen Stammesgenossen davon überzeugt hat, daß es notwendig ist, auf die austropolnische Lösung zu verzichten. (P. D. Red.) Die jetzigen Beratungen in Warschau werden von sehr kurzer Dauer sein, überhaupt sollen die weiteren Schritte, die zur Erreichung des polnischen Thrones führen sollen, so rasch wie möglich erfolgen. Man hofft in drei, spätestens vier Wochen am Ziel zu sein. Von der Absicht, die Königswahl von dem polnischen Landtag vornehmen zu lassen, ist man abgekommen. Man sieht unter den heutigen Verhältnissen eine Wahlbewegung. Die Königswahl soll deshalb derart vorgenommen werden, daß Regentkammer und Regierung sich mit den Führern der Parteien darüber ins Benehmen setzen. Einziger Kandidat für den Königsthron ist nach dem Ausschelden verschiedener anderer Erzherzog Karl Stephan sowie er den Thron bestiegen haben wird, hört die deutsche und österreichisch-ungarische Zivilverwaltung im Königreich Polen auf und damit selbstverständlich auch die Zivilverwaltung, die nicht nur den Polen, sondern auch den Bewohnern selbst viel Unbehagen bereitet hat.

Zur sächsisch-litauischen Frage.
Die „Sächsische Volkszeitung“, das einzige Zentrumorgan in Sachsen, beschäftigt sich mit einer angeleglichen Denkschrift der sächsischen Regierung, die in Litauen verbreitet wird und einer vollständigen Einverleibung Litauens das Wort redet. Das in dieser Angelegenheit jedenfalls gut unterrichtete Blatt stellt fest, daß die sächsische Regierung von dem Schriftstück keinerlei Kenntnis hat, das wohl nur zu dem Zwecke verbreitet wird, um Stimmung gegen den Plan einer Personalunion mit Sachsen zu machen. In Litauen sächsischen Ansehen ist bloß eine Art selbständiges Litauen mit einer eigenen Regierung und einer eigenen gleichberechtigten Körperschaft gedacht worden, allerdings mit einem gemeinsamen Oberhaupt, wie dies schon im Begriff der Personalunion liegt.

Die Königswahl in Finnland.

Die deutschen Kandidaten.
Zur Königswahl in Finnland war bekanntlich gemeldet worden, daß die Kandidatur des Herzogs Adolf Friedrich nicht mehr in Frage komme. Der „Kostoker Anzeiger“ bekräftigt jetzt, daß Intrigen gegen den Herzog tatsächlich eingesetzt haben, doch sei es unrichtig, daß die Kandidatur erloschen sei. „Man kann es dem Herzog nachfühlen“, schreibt das Kostoker Blatt, „daß er nach dem Vorgefallenen sich große Reserven auferlegt, doch werden die Finnländer, wenn sie ihre Interessen richtig verstehen, bei dem Herzog nicht an verschlossene Türen klopfen.“ — Welcher Art die Intrigen sind, wird vom „Kostoker Anzeiger“ nicht näher ausgeführt. Neuerdings war übrigens wiederholt der Name des Prinzen Friedrich Wilhelm von Preußen, des dritten Sohnes des ehemaligen Prinzen Albrecht, genannt worden. Laß er ernstlich in Frage käme, ist wohl nicht anzunehmen, schon weil seine Frau, eine Tochter des Herzogs von Ratibor, strenge Katholikin ist. Prinz Oskar kommt nicht in Frage; der Kaiser hatte seine Kandidatur schon seit langem abgelehnt.
Der Herzog Adolf Friedrich zu Mecklenburg teilt dem N. Z. mit, daß sein Name zu Unrecht mit der Kandidatur für den finnischen Thron in Verbindung gebracht wurde. Obwohl ursprünglich von finnischer Seite an ihn herangetreten worden sei, sehe der Herzog allen diesen Kombinationen durchaus fern. Einer auf ihn etwa entfallenden Wahl würde der Herzog nicht zu entsprechen in der Lage sein.

Der U-Boot-Krieg.

Eine englische Stimme.
„Daily Chronicle“ bringt folgende Auslassungen des bekannten englischen Flottenkritikers Arthur Bollen: Bei dem jetzigen Stande der Unterseeerregung sind wir in der Bekämpfung der U-Boote unter Wasser auf passive Kampfmittel, das heißt die Minen, angewiesen. Wäre es keine deutsche Schlagschiff- und Schlagschiffkreuzerflotte, so wäre die Einrichtung einer engen Minensperre wohl ausführbar. Also kann man wohl sagen: die deutsche Flotte besitzt die U-Boote und best ihre Operationen. Andererseits ist das das stärkste Argument dafür, daß die deutsche Flotte sich heute nicht zu einer Seeschlacht stellt. Denn so lange die feindlichen U-Boote monatlich über 300 000 Tonnen versenken können, vollbringen sie direkt und die deutsche Schlagschiff- und Schlagschiffkreuzerflotte indirekt Leistungen zur See, die alles übersteigen, was selbst von der glückseligsten Aktion zur See zu erhoffen wäre. Der U-Bootkrieg ist demnach ein wirklicher Vorrückungsschritt für das Vorhandensein der deutschen Flotte, und wenn wir eine große Seeschlacht haben wollen, müssen wir zunächst das U-Boot-Krieg beenden. Das können wir aber nur durch Unterwassererregung tun, die wir aber wieder nicht wirksam in dem zunächst in Betracht kommenden Bereiche verwenden können, sondern nur in viel größerer Entfernung.

Norwegen und der Unterseeerregung.
Die norwegischen Blätter veröffentlichen folgende amtliche Erklärung: Der norwegische Gesandte in Berlin, der wachsamgemäß sich aus Anlaß der Versenkung des Dampfers „Sommerstad“ an das deutsche Auswärtige Amt wandte, hat von diesem die Versicherung erhalten, daß die deutsche Regierung selbstverständlich keineswegs die Absicht habe, Norwegens Lebensmittelaufuhr außerhalb der Sperrzone zu hindern, und daß alle mögliche Beugung geteilt werden würde, falls das Fahrzeug, was jedoch für unentbehrlich erachtet werde, tatsächlich ohne Warnung torpediert

sein sollte. Der norwegische Gesandte hat, da später der Dampfer „San Jose“ als versenkt gemeldet wurde, sich auch deswegen an das deutsche Auswärtige Amt gewandt. Auch in dieser Sache wird so bald als möglich eine Untersuchung angestellt werden. (Anmerkung des N. Z. B.: Die Mitteilungen des norwegischen Gesandten beruhen auf Besprechungen mit dem Auswärtigen Amt und dem Admiralstab.)

Versenkte amerikanische Schiffe.
Aus Washington wird gemeldet: Das Marineministerium gibt den Verlust der drei amerikanischen Dampfschiffe „Dane“, „Westbridge“ und „Cubore“ bekannt, die von einem deutschen U-Boot torpediert wurden.

Meine politische Meldungen.
Der Bundesratsauschuss für auswärtige Angelegenheiten wird am kommenden Montag zu einer Sitzung zusammenkommen. Den Vorsitz wird, wie immer, der bayerische Ministerpräsident v. Danzl führen.

Korvettenkapitän Humann im Auswärtigen Amt.
Wie die „N. Z.“ hört, wird Korvettenkapitän Humann dem Marineministerium eine leitende Stelle im Auswärtigen Amt übergeben. Kapitän Humann hat vor dem Krieg lange Zeit an der Spitze der Nachrichtenabteilung des Reichsmarineministeriums gestanden und in dieser Eigenschaft sich in allen Kreisen herliche Sympathien erworben. Einige Zeit vor Ausbruch des Krieges wurde Humann, den sehr innige persönliche Beziehungen mit Enver-Pascha verbinden, nach Konstantinopel kommandiert, wo er die Führung des Stationschiffes „Dorel“ übernahm. Im Krieg wurde Humann Marineattaché bei unserer Botschaft in Konstantinopel. Nach dem Tode des Stationschiffes Freiherr v. Wangenheim erhielt er ein Kommando in unserer Kriegsflotte. Von dort kommt er nun auf Wunsch Herrn v. Hingens ins Auswärtige Amt. Mit ihm gewinnt das Amt eine sehr begabte, kenntnisreiche und diplomatisch gewandte Persönlichkeit.

Auszeichnung des Generalobersten v. Boehn.
Der „Kostoker Anzeiger“ gibt bekannt die Verleihung des Schwarzen Adlerordens an den Generalobersten v. Boehn, Oberbefehlshaber der 7. Armee.

Herzogin Elisabeth von Bulgarien.
Die ungarische Kriegsangelegenheiten der ungarischen Regierung stellen sich nicht unangenehm dar, wenn aus den bisherigen Meldungen geschlossen werden, daß diese Angelegenheiten die Unterbringung von 2000 Millionen Kronen erfordern, so daß das Ergebnis der 8. ungarischen Kriegsanleihe dasjenige aller früheren Kriegsanleihen erheblich übersteigt und das der 7. Kriegsanleihe um mehr als 900 Millionen Kronen übersteigt.

Ein abgelehnter Erzbischof.
In der Wiener Zeitung wird veröffentlicht, daß der Kaiser den Metropolitankandidat von Gernowitz Dr. Waldemar von Nepia von der Leitung der Diözese entbunden und den Bischofmandatigen Spill Nordböhmen zum Administrator dieser Diözese bestimmt hat. Bei der feierlichen Einsegnung der Autonomia durch die Russen hat der Metropolit eine Erwählung an die Pfarrgeistlichen gerichtet, für das Wohl des Jaren und seiner Familie zu beten. Nach der Befreiung der Autonomia war die Stellung des Metropoliten und des Konsistoriums unhaltbar geworden. Der Erzbischof wird auch nach der Enthebung im Besitze der erzbischöflichen Würde und im Besitze der Bezüge verbleiben, und es wurde ihm eröffnet, daß der Kaiser der Dienste des Erzbischofs um die griechisch-orientalischen Kirchen und seiner Umgebung für die arme Bevölkerung der Autonomia eingedenk bleibe.

Eine neue englische Robe.
Am 2. August sind 2 kleine belgische Fischerboote aus Hoyt, die dicht unter der Küste ihrer Heimat anliegend waren, von zwei englischen Flugzeugen aus 100 Meter Höhe mit Bomben und Maschinengewehren angegriffen worden. Die Fischer gab vor der Ortsbehörde ihrer Entrüstung über die Verletzung der belgischen Neutralität Ausdruck. Die Fischerboote, die durch Beschädigung und Bombenabwürfe bereits Opfer der Luftkämpfe geworden sind, wird durch diese neue Angriffe geschändet, ihrem Erwerb nachzugehen und ihre Landleute mit Nahrungsmitteln zu versehen.

Sozialistenkonferenz in Interlaken.
In Interlaken (Schweiz) sind, wie berichtet, Sozialisten des In- und Auslandes zu einer internen Besprechung von Friedensfragen versammelt. Einzelheiten über die Konferenz sind bis jetzt noch nicht bekannt geworden.

Japan, Ziele in Sibirien.
Die wirtschaftliche Hilfskommission, die unter Leitung des Barons Magata nach Sibirien geschickt wird, besteht aus 16 Vertretern der Marine, Marine, Handel und Industrie. Der Minister des Inneren hat eine Anweisung an die Kommission, in der er sagte, Japan sei entschlossen, Sibirien zu retten (S), und auf diese Weise auch Russland die Hand zur Rettung zu reichen. Es würden Vorarbeiten für Frieden und Ordnung wiederhergestellt werden. Japan würde aber sorgfältig vermeiden, sich in die inneren Angelegenheiten von Sibirien einzumischen. Die Teilnehmer für die militärische Mission Japan bilde das Prinzip der unversehrten Selbstbestimmung (S). Der Minister sprach die Hoffnung aus, daß die Nachbarn Japans bald dieselben Segnungen genießen würden, wie das japanische Volk selbst.

Von Stadt und Land.

Am 29. August.
Kriegsauszeichnung. Der Soldat Emil Rehm hier, Gabelsbergerstraße 24, früher jahrelang bei der Firma Gebrüder Simon tätig gewesen, erhielt das Eisener Kreuz zweiter Klasse.
Lebensmittel am Freitag: Haferflocken, Gerstenaehl und Zwieback.
Die Verluste der 8. Armee Nr. 536 ist erschienen und kann in unserer Geschäftsstelle eingesehen werden.

Verteilung von Einmachgütern.
Im September erfolgt eine nochmalige Verteilung von Einmachgütern und zwar in Höhe von 1 Pfund für den Kopf der Bevölkerung. Dieser Einmachgüter gelangt in der Weise zur Verteilung, daß auf den ersten für die Zeit vom 1.—20. September dieses Jahres geltenden Abschnitt der Landesgüterkarte statt 1 Pfund 2 Pfund angegeben werden.

27. Vom Erzgebirgsverein.
Am 20. September in Hofenstein-Ernstthal stattfindende Abgesandtenversammlung des Erzgebirgsvereins, der eine Sitzung des Gesamtvorstandes vorausgeht, wird wieder geschäftliches Gepräge zeigen. Der zweite Vorsitzende, Harzer Ober-Bezirks-Vorstand, berichtet über die Schüler- und Jugendherbergen, Schriftleiter Kabisch-Beipig über die Förderung der Heimarbeit durch die Zweigvereine, Oberlehrer J. K. W. N. A. B. über das Erzgebirgsmuseum, weiter hat die Versammlung über das Angebot des Zweigvereins Schwarzenberg, welcher den von ihm im Jahre 1880 errichteten König-Albertturm nebst Wirtschaftsgebäude auf dem Egelgärtchen für 8000 Mark an den Hauptverein käuflich abtreten will, zu beschließen.

Koncert Helga Piel.
Allen Verehrern der Kunst der Viedersängerin Helga Piel, denen ihr Koncert in diesem Frühjahre noch in angenehmer Erinnerung ist,

wird e...
hauen...
prog...
singe...
omme...
bertra...
hend...
seht...
hätten...
K...
ogend...
pph...
ird a...
Das h...
lesma...
Stadt...
M...
s hal...
von ih...
urli...
Samml...
daß die...
solche...
der Ver...
en Au...
ber erf...
ahzsm...
L...
Dnte g...
n der...
ber sog...
Bogny...
N. Z...
Belzen...
berg u...
vorging...
dangid...
von ih...
e Ho...
Kirch...
oll in...
de H...
stemlich...
en Za...
lher Z...
or tur...
elt vo...
3 Uhr...
waße a...
gy...
reten...
bauer...
nigt un...
spannu...
lledebe...
stoffe...
Geiter...
am 24...
zur Bil...
Eifen...
Siben...
nach Se...
fen, be...
strebte...
Stadt u...
Sch...
Berle...
die Ar...
Bische...
Eib...
dalle...
tätolog...
wald...
Bar...
dorf...
Ritte...
Hrenz...
entfernt...
ne dte...
Gutsbes...
menhau...
ber Sch...
Wochsch...
Sch...
für die...
der Mäh...
dort ein...
berberge...
i me...
in Schw...
Andre...
Neben...
Entfernung...
dem Sch...
Wartentum...
vollspiel...
Schulfr...
richtig...
st. G...
Gis...
Ghren...
fallen